

scheidung, daß das Kriegsministerium zwar nichts dagegen habe, wenn der Rath eine Caserneneinrichtung herstellen wolle, indeß es wurde in Aussicht gestellt, daß das Kriegsministerium dazu etwas nicht verwilligen werde. Also die Stadt Plauen hat bis jetzt eigentlich gar keine Gelegenheit gehabt, sich darüber auszusprechen, ob sie etwas thun wolle oder nicht. Ich bin auch nicht in der Lage, dazu Hoffnung machen zu können; denn, meine Herren, erinnern Sie sich der verschiedenen Unglücksfälle, von denen die Stadt Plauen seit 1834 heimgesucht worden ist. Zuerst die Wasserfluth, dann mehrere Brände, die Theuerungs- und Nothjahre, und erst kürzlich sind wiederholt Brände vorgekommen, die allerdings der Befürchtung Raum geben, daß das Maaß der Calamitäten für Plauen noch nicht erfüllt sein möchte; denn man hat deutliche Spuren gefunden, daß es die Absicht einer ruchlosen Hand ist, für die Stadt Plauen noch ein großes Brandunglück herbeizuführen. Diese verschiedenartigen Unglücksfälle haben nun die Stadt Plauen in eine so drückende finanzielle Lage gebracht, daß von den Bewohnern Opfer gefordert werden, die enormer Art sind und um so empfindlicher auf ihr lasten, als die erhöhten Staatsabgaben zu gleicher Zeit zu tragen sind. Indesß während ich nicht in der Lage bin, weder dafür noch dagegen mich auszusprechen, so glaube ich doch, daß, wenn die Stadt Plauen die Vortheile richtig erkennen und würdigen wird, die ihr aus der Belegung mit einer Garnison erwachsen werden, in dem Falle, daß das hohe Kriegsministerium sich veranlaßt finden sollte, mit ihr darüber in Unterhandlung zu treten, jedenfalls Alles geschehen wird, was nur möglich ist. Es läßt sich auch noch der Fall denken, daß von anderer Seite Beihülfe kommen könnte, so daß eine Unterhandlung, wenn sie mit der Stadt Plauen von Seiten des Kriegsministeriums eingeleitet werden sollte, doch von einem Erfolge begleitet sein könnte. Im Uebrigen erkläre ich mich für meine Person für den Antrag der Deputation, jedoch unterlasse ich, einen Antrag, den ich allerdings hierbei zu stellen mich gemüßigt sehen würde, zu stellen, da ich weiß, daß von anderer Seite ein solcher Antrag in meinem Sinne vorbereitet worden ist.

v. Meisch: Meine Herren! Ich habe die vorliegende Petition zu der meinigen gemacht, also werden Sie mir auch nicht verargen, wenn ich mit wenigen Worten den vorhergegangenen Aeußerungen noch Einiges hinzufüge. Ich glaube nämlich nicht, daß man nach den vielen zeitherigen vergeblichen und erfolglosen Bitten um Gewährung einer Garnison für das Vogtland eine solche Bitte überhaupt noch einmal versucht haben würde, wenn nicht neuerdings der Bestand der sächsischen Armee auf das Doppelte erhöht worden wäre, und auf der andern Seite die Erfahrung der letzten Jahre uns gezeigt hätte, wie dringend nothwendig und erfolgreich gerade im Vogtland eine militairische Besatzung sich gezeigt, welchen günstigen Einfluß das gute Beispiel militairischer Zucht und Ordnung gerade auf die dortige Bevölkerung geäußert hat, und wie sehr dadurch die gelähmte Autorität derjenigen Behörden,

welchen es überhaupt Ernst war, energisch einzuschreiten, wo es galt, Gesetz und Ordnung aufrecht zu erhalten, neu gekräftigt und belebt worden ist. Diese Erfahrung, meine Herren, mußte es uns zur doppelten Pflicht machen, nichts unversucht zu lassen, um doch noch einmal zum Zweck zu gelangen, und es blieb uns dazu kein anderer Weg übrig, als der der Petition bei der gegenwärtigen Ständeversammlung. Was nun die Sache selbst betrifft, so gehe ich meinerseits von dem Grundsatz aus, daß, je größer die Anforderungen sind, welche durch den für unsere sächsische Armee so außerordentlich vermehrten Bedarf an die Steuerpflichtigen gemacht werden müssen, um so mehr auch die Verpflichtung der Staatsregierung sich steigert, allen Landestheilen einen angemessenen militairischen Schutz zu gewähren. Diesen angemessenen militairischen Schutz finde ich in einer stehenden Garnison; sie dem vogtländischen Kreise gewähren, ist die Staatsregierung eben so verpflichtet, wie gegen alle übrigen Landestheile, und diese Verpflichtung steigert sich, wenn man eben aus der Erfahrung der letzten Jahre die Nothwendigkeit erkannt hat; wo aber eine Nothwendigkeit vorliegt, da können auch nicht finanzielle und dienstliche Rücksichten vorgeschützt werden, da kann man nicht sagen: die präesente Mannschaft ist zu gering, oder die Stadt Plauen hat noch keine Offerten gemacht, oder durch den erleichterten Verkehr auf den Eisenbahnen kann ja nöthigenfalls leicht und in kurzer Zeit von Leipzig aus Mannschaft nach dem Vogtlande geschafft werden; hier scheint es mir nicht an seinem Ort zu sein, eben weil eine Nothwendigkeit vorliegt, Ersparnisse machen zu wollen, denn es handelt sich hier nicht um das Interesse einer einzelnen Provinz, sondern um das Interesse des ganzen Vaterlandes, wie schon von einem geehrten Vorredner ganz richtig bemerkt worden ist. Hätten wir im Vogtland längst schon Militair gehabt, hätte man unseren Bitten früher Gehör geschenkt, so würden die in vielen Orten unlängbar hervorgetretenen revolutionären Elemente gewiß nicht so viel Boden gewonnen haben, und insofern glaube ich, ist es nicht zu viel gesagt, wenn man behauptet, es handelt sich hier um das Interesse des ganzen Landes. Die geehrte Deputation hat die vorliegende Petition einer sorgfältigen Prüfung unterzogen und sie in der Hauptsache befürwortet; wir, die Petenten, können ihr nur dankbar dafür sein, jedoch vermisse ich in dem Schlußantrage die von den Petenten gewünschte Ermächtigung für die Staatsregierung zur Verwendung einer zweckentsprechenden Summe zum Bau und zur Einrichtung einer Caserne in der Stadt Plauen. Ich bleibe nämlich bei der Ansicht stehen, daß bei allgemeinen Staatszwecken, wie doch der vorliegende ist, einer einzelnen Commune nicht Geldopfer angesonnen werden können, sondern daß da der Staat mit seinen Mitteln einzutreten verpflichtet ist, und beziehe mich deshalb wie bei einer frühern Gelegenheit auf den Vorgang in Betreff der Casernirung in Schneeberg, Leipzig und Dresden. Abgesehen jedoch zur Zeit hiervon muß ich wenigstens wünschen, daß der Schlußantrag im Berichte überhaupt etwas prägnanter gefaßt wird; er lautet nach dem Vorschlag